

## Digitalisierungsgipfel in Tallinn: Wichtigkeit erkannt, aber keine konkreten Resultate

EUROPÄISCHER DIGITALISIERUNGSGIPFEL VOM 29. SEPTEMBER 2017

**Der Europäische Ratsgipfel am 29. September 2017 in Tallinn widmete sich dem Thema Digitalisierung, einem Kernanliegen von Estland, welches nunmehr die EU-Ratspräsidentschaft führt. Zugleich fiel der Gipfel in eine Zeit, in der die jüngsten Reden des französischen Präsidenten Macron, der britischen Premierministerin May und dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker für Redebedarf zwischen den Staats- und Regierungschefs gesorgt haben. Das Thema Digitalisierung rückte in Tallinn damit an den Rande. Bereits im Vorfeld wurde davon abgesehen, eine Schlusserklärung zu veröffentlichen. Aufmerksamkeit erregte einzig das Vorpreschen der größten Mitgliedsstaaten mit ihrem Vorschlag, Steuervermeidungspraktiken digitaler Großkonzerne zielgerichteter und effektiver zu bekämpfen.**

Am 01. Juli 2017 übernahm Estland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU-Ratspräsidentschaft). Unter dem Motto „Anführen statt Folgen“ erklärte das Land die Digitalisierung zu einem Schwerpunkt seiner Ratspräsidentschaft. Estlands digitale Agenda für die Europäische Union (EU) umfasst fünf Kernthemen: Den freien Verkehr von Daten, die *smart economy*, den elektronischen Handel, die digitale Regierung und den Themenkomplex Vertrauen und Sicherheit in Bezug auf digitale Medien. Das Ziel ist es, die Vorteile einer digitalen Gesellschaft für jeden individuellen Europäer umzusetzen.

Hintergrund: Digitale Technologien verändern radikal unsere Art zu leben und zu arbeiten. Um die Folgen der Digitalisierung für Bürger und Unternehmen zu nutzen, ver-

folgt die Europäische Kommission seit Mai 2015 das Ziel eines Digitalen Binnenmarktes. Bei seiner vollständigen Umsetzung könnte der Digitale Binnenmarkt 415 Billionen Euro zur Wirtschaftsleistung der EU beitragen. In Anbetracht dieser enormen Chancen lässt der Stand der Digitalisierung in Europa noch zu wünschen übrig: Nur ein Fünftel der europäischen Firmen gelten als hochgradig digitalisiert. Weniger als die Hälfte der Unternehmen nutzen wenigstens zwei der sieben digitalen Schlüsseltechnologien. Und fast 40 Prozent der europäischen Erwerbsbevölkerung haben nicht ausreichende Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien.

Die estnische Ratspräsidentschaft konzentrierte die Diskussion im Vorfeld des Gipfels auf vier Themengebiete: (1) Die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft. Als hierfür notwendige Faktoren wurden herausgehoben eine hochentwickelte digitale Infrastruktur, insbesondere eine flächendeckende Breitbandversorgung, die Entwicklung eines neuen Standards für mobile Netze (5G) sowie die Verbesserung in der Verfügbarkeit von Supercomputern. (2) Die Verbesserung von digitalen Fähigkeiten aufseiten der Arbeitnehmer. Hier müsse man verstärkt auf den Ansatz des lebenslangen Lernens setzen. (3) Den Themenkomplex Cybersicherheit. Eine Herausforderung ist, dass durch die verstärkte Vernetzung von Gebrauchsgegenständen Hackern vermehrt Angriffsfläche geboten wird. Viel diskutiert wurde im vergangenen Jahr auch die Gefahr, dass digitale Medien dazu missbraucht werden, in den demokratischen Prozess einzugreifen. (4) Die Digitalisierung in der Verwaltung und den Behörden (*e-Government*). Ziele sind hier die vermehrte Nutzung elektronischer Identifikationsmög-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY  
MATHIAS KOCH

September 2017

lichkeiten sowie die Sicherstellung, dass Informationen nur einmal an Behörden übermittelt werden (*once-only principle*) müssen.

Als übergreifendes Ziel schlägt Estland vor, dass der freie Fluss von Daten zu einer fünften Grundfreiheit in der EU werden soll, wie der estnische Präsident Jüri Ratas vor dem Gipfel noch einmal betonte.

Im Rahmen ihrer Strategie des Digitalen Binnenmarkts hat die Europäische Kommission bereits einige Initiativen vorgestellt. Diese zielen beispielsweise auf harmonisierte Radiofrequenzen in der EU, insbesondere die Freigabe des für 5G wichtigen 700 MHz Spektrums, auf die Stärkung der EU-Cybersicherheit-Agentur ENISA (European Union Agency for Network and Information Security) und auf einen gemeinsamen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifikation.

Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien drängten im Vorfeld des Gipfels erneut darauf, sich möglichst schnell auf eine adäquate Besteuerung von Profiten zu einigen, die durch digitale Produkte in ganz Europa erzielt werden, aktuell aber in Ländern mit niedrigen Zinssätzen gemeldet werden. Damit rekurrten die vier Länder auf ihren Vorschlag vor dem Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister am 16.09.2017, eine Ausgleichssteuer für diese Profite einzuführen. Der Vorschlag wurde bei diesem Treffen von insgesamt zehn Mitgliedsstaaten unterstützt. Weitere neun Mitgliedsstaaten schlossen sich später dem Vorschlag an.

Es zeichneten sich somit im Vorfeld des Gipfels gewisse Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten ab: Während Estland dafür wirbt, sich den Chancen der Digitalisierung zu widmen, möchten die westlichen Mitgliedsstaaten zunächst das Problem der Besteuerung digitaler Unternehmen gelöst wissen. Erschwerend aus Sicht der Estländer kommt hinzu, dass der französische Präsident Macron aufgrund seiner jüngsten Rede zur Zukunft der EU aktuell ohnehin vielfach als tonangebend wahrgenommen wird.

#### Ergebnisse des Gipfels:

Bereits im Vorfeld des Gipfels wurde bekannt gegeben, dass es kein offizielles Abschlussdokument zum Treffen der Staats- und Regierungschefs in Tallinn geben werde. Nach dem Gipfel äußerten sich jedoch einige Teilnehmer zu den besprochenen Themen.

Der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas erinnerte noch einmal die vier zentralen Punkte der digitalen Agenda aus estnischer Sicht: Zum einen sei dies die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen. Diese wiederum funktioniere nur, wenn Bürger genug Vertrauen in digitale Angebote hätten. Dazu müsse der europäische Cyberraum als ganzer geschützt werden, so Ratas. Weiter seien alle Mitgliedsstaaten der EU im Ziel vereint, den digitalen Binnenmarkt bis Ende 2018 zu vollenden, um die digitale Wirtschaft in Europa auf das bestmögliche Niveau zu bringen. Zuletzt müssten die europäische Arbeitsmarktpolitik und die Bildungssysteme überdacht und für das digitale Zeitalter reformiert werden. Niemand dürfe zurückgelassen werden, so Ratas abschließend. Der estnische Ministerpräsident bekräftigte diese Aussagen im Anschluss an seine Pressekonferenz noch einmal in einem schriftlichen Rückblick auf den Gipfel.

Zum Thema Besteuerung digitaler Großunternehmen brachte der italienische Ministerpräsident den Vorschlag ein, dass einige Staaten gegebenenfalls auch alleine vorangehen könnten. Emmanuel Macron betonte in seiner abschließenden Pressekonferenz, dass sich bereits 19 Staaten den Vorschlägen von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien angeschlossen haben. Er verglich das Vorhaben mit der Bankenunion, welche zunächst auch nicht von allen Mitgliedsstaaten unterstützt wurde. Kommissionspräsident Juncker erneuerte derweil seine Zusage, dass die Kommission im kommenden Jahr Vorschläge für eine EU-Steuerreform unterbreiten werde. Zum Vorschlag des italienischen Ministerpräsidenten äußerten sich Juncker und Macron nicht.

Widerspruch kam vom irischen Ministerpräsidenten. Dieser sagte, Europa könne sich nicht zu einer führenden Digitalmacht ent-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. HARDY OSTRY  
MATHIAS KOCH

September 2017

wickeln, wenn es die Steuern für digitale Konzerne erhöhe.

Kommentar:

Wie zu erwarten war, wurde das Thema Digitalisierung beim Gipfel in Tallinn von den jüngsten Reden des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der britischen Premierministerin Theresa May und dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker sowie von den Bundestagswahlen in Deutschland überschattet.

Aufgrund dieser zahlreichen Geschehnisse fand am Abend vor dem offiziellen Gipfel zum Thema Digitalisierung ein informeller Ratsgipfel statt. Um für eine konstruktive Diskussion zu sorgen, wurde dieser Gipfel nicht vom estnischen Präsidenten, sondern vom Präsidenten des Europäischen Rats, Donald Tusk, geleitet. Ziel dieses informellen Gipfels war es, alle Mitgliedsstaaten noch einmal auf die in Bratislava und Rom beschlossene Agenda einzuschwören. Konkrete Ergebnisse wurden somit nicht erzielt.

Insgesamt schien den Gipfelteilnehmern die Bedeutung des Themas Digitalisierung durchaus bewusst. Gerade das Thema der Besteuerung von digitalen Großkonzernen scheint vielen Staaten ein Anliegen zu sein. Ohne konkrete Beschlüsse bleibt jedoch abzuwarten, welche Resultate aus den Diskussionen hervorgehen.